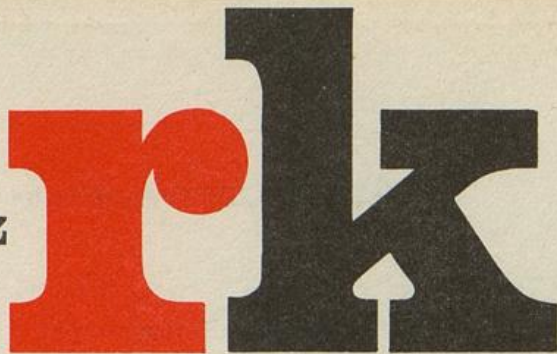


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 22. Februar 1985

Blatt 416

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Ministerpräsident Lazar im Rathaus  
(grau)

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) Wiener Landtag

Lokal: Tourismus: mit Aufwärtstrend ins neue Jahr  
(orange) Malerei und Graphik im Mautner-Schlössl

Sport: Bereits über 700 Nennungen für den 2. Wiener  
(grün) Marathon

Nur  
über FS: Neuerliche Schneefälle: 1.300 Mann im  
Winterdienstesinsatz

.....  
Bereits am 21. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ministerpräsident Lazar im Rathaus

=++++

15 #Wien, 21.2. (RK-POLITIK) Ungarns Ministerpräsident György  
LAZAR besuchte Donnerstag nachmittag das Wiener Rathaus. Er wurde im  
Stadtsenatssitzungssaal von Bürgermeister Dr. ZILK und Mitgliedern  
der Landesregierung begrüßt. #  
(Schluß) rö/ko

NNNN

Tourismus: Mit Aufwärtstrend ins neue Jahr

=++++

1 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im Jänner 1985 wurden in Wien insgesamt 183.497 Gästeübernachtungen registriert, was eine Steigerung von 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Beachtliche Zuwächse wurden bei den Gästen aus Australien (+ 30,2 Prozent), den USA (+ 27,1 Prozent) und Japan (+ 26,3 Prozent) verzeichnet. In der Rangliste halten die deutschen Wien-Besucher mit 28.736 Übernachtungen trotz einer geringfügigen Nächtigungsabnahme (- 2,3 Prozent) nach wie vor die Spitze, gefolgt von den Inländern, Amerikanern und Italienern. Deutlich hat sich die erhöhte Bettenkapazität bei Jugendherbergen ausgewirkt: es gab 8.682 Übernachtungen in Jugendherbergen, mehr als doppelt so viele (+ 129 Prozent) als im Jänner 1984. (Schluß) wfv/bs

NNNN

Malerei und Graphik im Mautner-Schlößl

=++++

2 #Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Arbeiten von Otilie WIRTH zeigt die Galerie im Mautner-Schlößl unter dem Titel "Malerei und Graphik" in einer Sonderausstellung, die kommenden Sonntag, den 24. Februar, um 10 Uhr, durch Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN im Floridsdorfer Bezirksmuseum, Prager Straße 33, eröffnet werden wird.

Die Ausstellung ist bis einschließlich 2. April jeweils Dienstag und Samstag von 16 bis 18 Uhr sowie Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. #

(Schluß) zi/ko

NNNN

Bereits über 700 Nennungen für den 2. Wiener Marathon (1)

=++++

4 #Wien, 22.2. (RK-SPORT) über 700 Nennungen von Teilnehmern aus 18 Nationen sind bereits für den 2. Wiener Frühlingsmarathon eingelangt, der am 31. März mit Start um 10 Uhr vor dem Rathaus und Ziel auf dem Heldenplatz in Szene geht.#

Bei einem Pressegespräch am Donnerstag wies Sportstadtrat Franz MRKVICKA, auf dessen Initiative dieses Leichtathletik-Großereignis im vergangenen Jahr in der Bundeshauptstadt seine Premiere hatte, auf das steigende Interesse hin. Den Vorstellungen von Mrkvicka entsprechend sind anlässlich des Staatsvertragsjubiläums auch Läufer der Signatarstaaten am Start: neben den USA, Großbritannien und Frankreich ist nunmehr auch die definitive Zusage der UdSSR eingetroffen.

Aussichtsreichste Athleten im Kampf um den Sieg werden der Schwede Kjell-Erik STAHL (mit einer Zeit von 2:11 Stunden), der BRD-Rekordhalter Wolfgang KRÜGER (2:11), der Däne Allan ZACHARIAS (2:11) sowie der Amerikaner Doug CURTIS (2:13) sein. Drei Spitzenläufer sollen aus Kenia antreten, in erfolgversprechenden Verbindungen steht der Veranstalter - so wie im Vorjahr tritt hier das Kongreßzentrum Hofburg in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadthalle-KIBA und dem Leichtathletik-Verband auf - mit dem finnischen Spitzenläufer TOIVOLA (2:11) und dem Vorjahrssieger Antoni NIEMCZAK aus Polen. Aus österreichischer Sicht hat Gerhard HERTMANN die besten Chancen, erneut einen Platz unter den ersten 10 zu belegen.

Um trotz des großen Teilnehmerfeldes einen einwandfreien organisatorischen Ablauf zu gewährleisten - insgesamt werden rund 7.000 Marathon- und Volksläufer erwartet - führt die Strecke diesmal nur einmal über den Ring und dann durch den Prater über die Reichsbrücke zur UNO-City und zurück über den Stephansplatz zum Ziel.

Der Start für den 2. Wiener Frühlingslauf, der im Rahmen des Stadtmarathons über die Distanz von 14,8 km geht, ist ebenfalls um 10 Uhr. Jeder Teilnehmer, der unter 1:45 Stunden läuft, erhält eine Erinnerungsmedaille und Urkunde, außerdem nimmt er an einer Verlosung von attraktiven Sachpreisen teil. (Forts.) hof/gg

NNNN

Bereits über 700 Nennungen für den 2. Wiener Marathon (2)

=++++

5 Wien, 22.2. (RK-SPORT) Einen wertvollen Beitrag zum Gelingen dieser Großveranstaltung leistet die öBB, die allen Teilnehmern am Frühlingsmarathon und -lauf eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung für alle Fahrten in ganz Österreich gewährt.

Anmeldungen für den Marathon (250 Schilling Teilnahmegebühr) bei "Interconvention", Postfach 80, 1107 Wien, Tel. 0222/57 62 88 oder 57 63 05 bzw. Telex 11-1210, jene für den Lauf (50 Schilling) bei allen Filialen der Zentralsparkasse sowie den Kaufleuten von Nah & Frisch.

Um den Gästen der Stadt die An- und Abreise zu erleichtern, geben die Wiener Verkehrsbetriebe Informationsblätter heraus.

Zwtl.: 116 Einsendungen für Aufsatzwettbewerb

Ein reges Interesse fand ein Aufsatzwettbewerb, den das Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtschulrat anlässlich der Aktion "Fairneß im Sport" für 10- bis 15jährige Schüler durchführte. Insgesamt wurden 116 Arbeiten eingesandt. Die Preisträger werden als Belohnung zum Fußball-Länderspiel Österreich gegen Ungarn am 17. April ins Hanappi-Stadion eingeladen.

Zwtl.: Prolog und Start der Österreich-Rundfahrt in Wien

Wie Sportstadtrat Mrkvicka weiters bekanntgab, wird Wien auch heuer Ausrichter einer Etappe der Österreich-Radrundfahrt sein. Am 31. Mai erfolgt der Prolog im Bereich der Donauinsel, wo ein großes Fest in den verschiedensten Sportbereichen stattfinden wird. Start ist dann am 1. Juni entweder vor dem Rathaus oder wie im vergangenen Jahr vor der Stadthalle. Zu den weiteren Aktivitäten im sportlichen Bereich zählt in der ersten Jahreshälfte auch die neuerliche Ausrichtung des 2. Wiener Schülerliga-Cups, an dem jene acht Teams teilnehmen werden, die nur knapp den Titel in der Wiener Schülerligameisterschaft verfehlt haben. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wie hoch der gesamte Personal- und Sachaufwand durch die Vollziehung des Gesetzes betreffend die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen gewesen sei, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß es weder zusätzliche Dienstposten noch Sachaufwendungen und daher keine Mehrkosten auf diesen Gebieten gegeben habe. Lediglich die Erstellung der entsprechenden EDV-Programme habe Kosten verursacht. Durch die Rückzahlung der eingehobenen Steuern werde kein weiterer Aufwand entstehen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. FREITAG (SPÖ), ob bei den Arbeitslosenziffern in Wien ein Anstieg von jugendlichen Arbeitslosen feststellbar sei, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß sowohl die Gesamtarbeitslosenrate wie auch die der Jugendlichen in den letzten Jahren weitgehend konstant gehalten werden konnte. Im Jänner 1985 gab es in Wien 7.337 arbeitslose Jugendliche, was 19,6 Prozent der gesamten Arbeitslosen entspricht. Dieser Prozentsatz liegt unter dem der Jugendlichen am gesamten Arbeitskräftepotential in Wien und auch unter dem der anderen Bundesländer. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Zu welchen Konditionen ein Krankenkassenpatient eine Behandlung mit dem Gerät der Wiener NierensteinzertrümmerungsgesmbH. in Anspruch nehmen könne, könne noch nicht beantwortet werden, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Man werde dafür sorgen, daß in Wien die Wiener Patienten diese Behandlung in Anspruch nehmen können. Er wies aber darauf hin, erklärte Mayr, daß Wien nicht bereit sei, andere Bundesländer, die ihre Aufgabe, für die beste Behandlung der Patienten zu sorgen, nicht erfüllen, zu subventionieren. Der Nierensteinzertrümmerer bedeute nach den Erfahrungen aus der BRD eine wesentliche volkswirtschaftliche Verbilligung.

Die Sachverständigengutachten seien bereits eingelangt, erklärte Stadtrat BRAUN (SPÖ) auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Prof. Dr. WELAN (ÖVP) betreffend den Stand des Verfahrens über die geplanten Maßnahmen in der Lobau im Zusammenhang mit der Errichtung des Donaukraftwerkes Hainburg. Die Ausarbeitung des Bescheides, erklärte Braun, werde in einer Woche beendet sein.

Die FÜNFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Kurt EDER (SPÖ) erkundigte sich in der SECHSTEN ANFRAGE über die Vorbereitungen der Stadt Wien für den Fall, daß die Staustufe Wien vorgezogen wird. StR. BRAUN (SPÖ) sagte, daß von den zuständigen Abteilungen und Experten eine Checkliste ausgearbeitet wurde, die allen beteiligten Magistratsabteilungen zur Verfügung gestellt wird. Unabhängig von einem Kosten- oder Zeitplan werden alle notwendigen Details zusammengetragen. Die Zusatzfrage, ob ein Vorziehen der Staustufe Wien vorstellbar sei, beantwortete Braun positiv. Aus diesem Grund werden ja alle Vorkehrungen getroffen, ein entsprechender Antrag sei jedoch bis jetzt von der DoKW noch nicht gestellt worden.

Die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP) betraf die Verhandlungen über die künftige Verwendung des Rinterzeltes. Die Gespräche mit den Banken sind noch nicht abgeschlossen, antwortete StR. BRAUN (SPÖ). Es wurde lediglich angekündigt, daß von der Stadt Wien im Fall einer Übernahme ein Aktienkapital von 50 Millionen Schilling übernommen werden soll. Es sei geplant, daß eine Teilung des Rinterzeltes erfolgt, wobei ein Teil von der Stadt Wien für die Vorsortierung des Mülls Verwendung finden könnte, die andere Hälfte soll vermietet werden. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit werden insofern berücksichtigt, als wir die Anlage nur voll funktionstüchtig übernehmen würden, sagte Braun. Auf eine Zusatzfrage sagte Braun, daß ein umfassendes Müllkonzept erarbeitet wurde, von dem Teile auch bereits verwirklicht werden (Planquadrat).  
(Forts.) lei/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Drei Varianten lagen zur Sanierung der Mülldeponie Rautenweg vor, sagte StR. BRAUN (SPÖ), auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), und zwar:

1. Die doppelte horizontale Abdichtung mit Folie und mineralischer Tonschicht,
2. die horizontale Abdichtung mit Betonit,
3. die Umschließung der Deponie mit Dichtwänden.

Entsprechend dem letzten Stand der Technik habe man sich für die Variante 1 entschieden, wobei im Gefahrenfall zusätzlich die Variante 3 angewendet werden kann. Zahlreiche Experten seien bisher zugezogen worden, sodaß eine weitere Enquete, wie sie GR. PAWKOWICZ in einer Zusatzfrage anregte, nicht sinnvoll erscheine. StR. Braun meinte allerdings, er schließe von vornherein nichts aus. So sei auf dem Gebiet der Deponie Rautenweg auch eine Wanne für Problemstoffe vorgesehen und durch Sonden werde alles geprüft.

Im heurigen Sommer werden 270 Medizinstudenten für die Dauer von zwei Monaten aufgenommen, um die Personalnot in den Spitälern zu lindern, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ). Beim Pflegepersonal bestehe derzeit ein Minusbestand von 457 Personen. Dies, obwohl seit 1975 mehr als 1.700 Personen an zusätzlichem Pflegepersonal aufgenommen worden seien. Die starke Abwanderung führte Stadtrat Stacher auch darauf zurück, daß viele Pfleger aus den Bundesländern, die in Wien ausgebildet wurden, in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Man werde sich verstärkt bemühen, Wiener für den Pflegeberuf zu gewinnen.

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) erkundigte sich in der ZEHNTEN ANFRAGE nach dem Grund für eine ungünstige Entwicklung des Wiener Bauhilfs- und Baunebengewerbes, die aus den Wiener Wirtschaftsberichten abzulesen sei. Darauf antwortete Vizebürgermeister MAYR, man müsse bei den statistischen Vergleichen den Personalstand berücksichtigen (er ist relativ unverändert) und nicht fakturenlegungsbedingte statistische "Zacken" in der Statistik des Auftragsvolumens heranziehen. Die Zusicherung einer kontinuierlichen Vergabe von Förderungsmitteln könne noch nicht die Gewähr für eine gleichmäßige Auslastung bedeuten, weil diese vom Aufwand der Bauvorbereitung abhängig sei. Das Übergehen vom Bauen auf der "Grünen Wiese" zur Stadterneuerung habe die organisatorischen, politischen und technischen Schwierigkeiten vervielfacht, und man müsse sich gemeinsam bemühen, die Voraussetzungen für einen rechtzeitigen Baubeginn zu schaffen. Mayr warnte davor, die für Straßenbau und Stadterhaltung zur Verfügung stehenden Mittel begrifflich zu vermengen. Wien beginne Bundesstraßenbauten schon vor dem offiziellen Startschuß des Bautenministeriums. Die ÖVP könne jedoch nicht während des Jahres gegen Straßenbauprojekte auftreten und im Winter, auf der Spitze der Bauarbeiterarbeitslosigkeit, die Verwirklichung urgieren. Zum Palais Harrach sagte Mayr, es sei nicht zu verantworten, daß die Stadt Wien für die Erhaltung aller wertvoller alter, derzeit nicht benutzter Gebäude aufkomme. Das Dach des Palais sei von der Stadt Wien renoviert worden, und es gibt derzeit Kontakte mit Interessenten, die in das Palais einziehen wollen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Bericht der Behindertenkommission

=++++

11 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) beantragte die Kenntnisnahme des Berichtes der Behindertenkommission über ihre bisherige Tätigkeit. Lacina betonte, daß die Stadt Wien damit als erstes Bundesland eine Interessensvertretung für die Behinderten geschaffen hat. Damit sind Vertreter aus allen Bereichen auch mit den Fragen der Behinderten konfrontiert. Im Interesse der Integration der Behinderten in die Gesellschaft hat die Stadt Wien eine Reihe wichtiger Maßnahmen wie das Sonderarbeitsprogramm, den Beförderungsdienst für Behinderte, die Schaffung von Behindertenwohnungen und Beschäftigungstherapie Werkstätten und Sonderkindergärten gesetzt. Insgesamt sind die Aufwendungen für die Behinderten in den letzten Jahren enorm gestiegen. Die Behindertenkommission, die sich durch eine gute Zusammenarbeit im Dienste der Behinderten auszeichnet, wird auch weiterhin dafür sorgen, daß auch Behinderte ein erfülltes Leben in unserer Gesellschaft führen können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Bericht der Psychiatriekommission

=++++

12 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Tätigkeit der Psychiatriekommission sehe er für die Zukunft fünf weitere Ansatzpunkte, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ):

- o die im Zielplan geforderte durchgehende Differenzierung aller Primariate und die Abstimmung der Therapie auf die spezifischen Bedürfnisse einzelner Patientengruppen;
- o die Zuteilung spezieller Therapieaufgaben für das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs/Donau unter Berücksichtigung von Sonderfaktoren wie der Entfernung von Wien;
- o weitere bauliche Maßnahmen, um verstärkt kleinere Behandlungseinheiten für psychisch Kranke zu ermöglichen;
- o zusätzlich zur Reduzierung der Patientenzahl besteht die Notwendigkeit, die Beteiligung des Pflegepersonals an den therapeutischen Maßnahmen durch geeignete Diensterteilung und verstärkte Aus- und Weiterbildung zu erhöhen.
- o Entwicklung von Programmen und Therapien für Alkoholkranke.

Es sei gelungen, erklärte Swoboda, die laut Zielplan vorgesehenen Maßnahmen, Einrichtung eines Behindertenzentrums, eines Institutes für Alkoholkranke und Drogenabhängige im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, zu realisieren. Auch die Patientenzahl konnte in beiden psychiatrischen Anstalten reduziert werden und Übergangs- bzw. Wohnheime sowie Werkstättenplätze in ausreichendem Maße geschaffen werden. Man dürfe aber, schloß Swoboda, bei allen Bemühungen, den stationären Aufenthalt von psychisch Kranken zu verkürzen, bauliche und therapeutische Verbesserungen in den Anstalten nicht vergessen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig zur Kenntnis genommen. (Forts.) je/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Sportförderung

=++++

13 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) beantragte die Genehmigung von 10,224 Millionen Schilling aus den Sportförderungsmitteln 1985 für die Sport- und Jugendorganisationen sowie 57,245 Millionen für die Vermietung verschiedener Trainingsanlagen. GR. ARTHOLD (ÖVP) erklärte, daß die Vergabe der Sportmittel ungleichgewichtig vorgenommen werde. Es sei abzulehnen, daß stadteigene Vereine wesentlich höhere Förderungsmittel als andere Sportvereine erhalten. Als Beispiel nannte er die Subvention des Wiener Jugendkreises mit rund 3,4 Millionen gegenüber der Wiener Landessportorganisation, die nur etwas mehr als zwei Millionen erhalte.

Entgegen anders lautenden Aussagen von SPÖ-Politikern werden nun dem Budo-Center zwei Millionen Schilling für die Miete von Trainingsanlagen bezahlt, sagte Arthold weiter. Er forderte außerdem, daß über die Entschädigung an die Wiener Stadthalle-Kiba von 52,34 Millionen Schilling getrennt abgestimmt werde. Seine Fraktion lehne diesen Antrag ab, weil das schlechte Verwaltungskonzept der Stadt Wien für die Höhe dieses Betrages verantwortlich sei. Abschließend reklamierte Arthold ein Hallenkonzept für Wien.

GR. BROSCHE (SPÖ) unterstrich die besonderen Aufgaben der Stadthalle als Sport- und Veranstaltungsbetrieb. In der Stadthalle werden zahlreiche große Sportveranstaltungen abgehalten, im vergangenen Jahr wurden rund 100.000 Personen gezählt, die in der Stadthalle trainierten. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Sportförderung

=++++

14 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sportausübung dürfe nicht in erster Linie davon abhängig sein, ob wirtschaftlicher Nutzen erzielt werden könne, sagte GR. BROSCHE. Er könne auch nicht feststellen, daß einzelne Vereine bei der Subventionsvergabe bevorzugt werden.

StR. MRKVICKA (SPÖ) stellte fest, daß der Wiener Jugendkreis kein stadteigener Verein sei. Er sei deshalb auch kein politisches Thema, vielmehr sollten dessen Leistungen sachlich beurteilt werden. Das Budo-Center sei von den Japanern mit 60 Millionen Schilling finanziert worden. Daß die Gemeinde Wien für die Miete von Sportanlagen bezahlt, sei selbstverständlich.

ABSTIMMUNG: Die Subventionen von 10,224 Millionen Schilling an Sport- und Jugendorganisationen wurden einstimmig genehmigt. Die Beträge für die Vermietung von Trainingsanlagen an drei Institutionen von 4,905 Millionen wurden ebenfalls einstimmig, der Betrag von 52,34 Millionen an die Wiener Stadthalle - Kiba nur mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ genehmigt. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Vertragsauflösung SMZ-Ost

=++++

15 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPÖ) stellte den Antrag, den aus dem Jahr 1973 stammenden Vertrag mit dem Land Niederösterreich, nach dem Wien für Patienten aus den Bezirken des Marchfeldes 200 Betten im Krankenhaus SMZ-Ost für einen Baukostenbeitrag von 85 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, aufzukündigen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies darauf, daß der Vertrag damals unter der Voraussetzung geschlossen worden sei, daß mit dem Spitalsbau rasch begonnen wird. Es sei eine Wertsicherungsklausel offensichtlich aus diesem Grund unterblieben. Mit dem damaligen Betrag könne man heute nur mehr 10 bis 15 Betten errichten. Das müsse auch Niederösterreich einsehen. Niederösterreich müsse entsprechend dem Krankenanstaltengesetz für eine ausreichende Versorgung selbst sorgen, entweder durch eine Valorisierung des Betrages oder durch die Errichtung eines eigenen Standardkrankenhauses.

GR. Dr. KRASSER (ÖVP) bezog sich auf die juristischen Probleme des Vertrages. Der Verzicht auf die Wertsicherungsklausel schwäche die Wiener Position, denn Niederösterreich treffe an der Bauverzögerung keine Schuld. Es sei vorhersehbar gewesen, daß der Baukostenindex Jahr für Jahr steige. Hätte Wien rechtzeitig gebaut, gäbe es dieses Problem nicht. Der Rücktritt ist daher juristisch fraglich und anfechtbar. Das ändere nichts daran, meinte Dr. Krasser, daß auch die ÖVP der Meinung sei, daß 85 Millionen Schilling Beitragsleistung durch Niederösterreich einfach zu wenig seien. Krasser schlug vor, eine politische Lösung zu finden. Bürgermeister Zilk habe ja ein Gespräch mit dem Niederösterreichischen Landeshauptmann Ludwig noch vor dieser Gemeinderatssitzung angekündigt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Vertragsauflösung SMZ-Ost

=++++

16 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn keine politische Lösung möglich sei, sagte Dr. KRASSER, dann müsse das im Vertrag vereinbarte Schiedsgericht angerufen werden.

Um eine politische Lösung zu ermöglichen, stellte GR. Krasser den ANTRAG, die Vertragsauflösung von der Tagesordnung abzusetzen.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte in einer kurzen Wortmeldung, er strebe eine politische Lösung an und habe an den Niederösterreichischen Landeshauptmann LUDWIG einen persönlichen Brief geschrieben. Er verstehe andererseits die Haltung des sozialistischen Landesrates von Niederösterreich BREZOVSKY, weil dieser die Interessen seines Landes vertrete. Zilk betonte, daß er die Haltung der Wiener ÖVP nicht verstehe, weil die Volkspartei offensichtlich nicht die Interessen Wiens vertritt.

GR. DINHOF (SPÖ) bedauerte, daß er damals selbst, wie alle Parteien, für dieses Vertragswerk gestimmt habe. "Es ist uns damals allen ein Fehler passiert". Der Vertrag sei aus der damaligen Sicht geschlossen worden, und es sei an einen raschen Bau des Krankenhauses gedacht worden. Dinhof stellte fest, daß Wien niemals die Behandlung niederösterreichischer Patienten ablehnen werde. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Wien jährlich 900 Millionen Schilling für Fremdpatienten aufwenden muß, während für die Behandlung von Wiener Patienten in den Bundesländern theoretisch 300 bis 400 Millionen aufgewendet werden müßten. Weiters verwies Dinhof darauf, daß sich seit dem Vertragsabschluß durch die Gründung des KRAZAF und der Leistungsabgeltung die Verhältnisse grundsätzlich geändert haben. Diese wesentliche Änderung sei auch der juristische Angelpunkt für die Vertragsauflösung. Nun sollten Gespräche eine neue Lösung ermöglichen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Vertragsauflösung SMZ-Ost

=++++

17 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPö) verwies zur Geschichte des Krankenhauses im SMZ-Ost darauf, daß 1973, als er das Ressort übernahm, keine Planung vorgelegen sei. Der Vertrag mit Niederösterreich sei vom medizinischen Standpunkt aus heute nicht mehr haltbar. Die Differenzierung der Medizin bringe es mit sich, daß Patienten in Fachabteilungen anderer Spitäler versorgt werden müssen. Es sei ein Unsinn, 200 Betten in einem einzigen Spital zu reservieren. Schon heute stammen fast 20 Prozent der Patienten in den Wiener Spitätern, das sind täglich 1.800 bis 2.000 Patienten, aus Niederösterreich. Der Mehraufwand für Nichtwiener Patienten belaste den Wiener Steuerzahler jährlich mit etwa einer halben Milliarde Schilling. Er bitte alle Fraktionen des Wiener Gemeinderates um Unterstützung, schloß STACHER.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung wurde mit den Stimmen von SPö und FPö abgelehnt.

Der Antrag zur Vertragsauflösung wurde mit den Stimmen von SPö und FPö genehmigt. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Tarife für Friedhöfe und Friedhofsgärtner

=++++

18 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte eine Erhöhung der Bestattungstarife und der Kundenpreise der städtischen Friedhofsgärtnereien. GR. GLÜCK (ÖVP) kritisierte die Preiserhöhung und meinte, seit 1980 seien die Friedhofsgebühren um fast 50 Prozent und die Arbeitsentgelte der Gärtner um mehr als 76 Prozent erhöht worden. Die Mittel seien jedoch nur zu einem geringen Teil für die Renovierung der Sperrfriedhöfe herangezogen worden. Glück stellte den BESCHLUSSANTRAG, ein detailliertes Friedhofskonzept für Wien zu erarbeiten. Es soll außerdem ein neuer Friedhof im Westen Wiens entstehen. Im Vergleich zu privaten Friedhofsgärtnern sei die Leistung der städtischen Bediensteten zu gering. Wenn jedoch zu deren Aufgabenbereich etwa die Behebung von Devastierungen gehört, dürfe dies nicht in den Gebühren aufscheinen, es müsse vielmehr eine eigene Ausgabenpost dafür geben. GR. HUFNAGL (SPö) befaßte sich mit der wirtschaftlichen Situation der Friedhöfe, die kostendeckend arbeiten solle, und die durch weniger Bestattungsfälle und zurückgehende Exhumierungen in einer wirtschaftlich schwierigeren Situation seien. Überdies mache die Tarifierhöhung für Grabstellen nur wenige Schilling pro Jahr aus.

ABSTIMMUNG: Die Bestattungstarife wurden mit den Stimmen der SPö angenommen, der Beschlußantrag wurde einstimmig zugewiesen, die Gebühren für die Gärtnerarbeiten wurden einstimmig beschlossen.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Förderungsaktionen für Wiener Klein- und Mittelbetriebe

=++++

19 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte die Fortführung einer Reihe von Förderungsaktionen der Stadt Wien zur Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen an Wiener Klein- und Mittelbetriebe mit einem Gesamtvolumen von 60 Millionen Schilling.

GR. Dr. MAIER (ÖVP) wies auf die hohe Belastung der Wiener Wirtschaft hin, die nur zu einem kleinen Teil durch derartige Aktionen rückvergütet werde. Maier forderte die Einführung von Gründerzentren und Technologieparks nach bundesdeutschen Beispielen. Auf diese Weise könne man Wirtschaft und Wissenschaft zusammenführen und jungen Unternehmern den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Eine derartige Maßnahme wäre eine regionale Wirtschaftsförderung für die Zukunft.

GR. SCHMIDTMAIER (SPÖ) bezeichnete die Gründerzentren als bürokratisch und teuer. In Wien habe man einen anderen, erfolgreichen Weg zur Förderung der Wirtschaft beschritten. Die verlorenen Zuschüsse von 60 Millionen an die Wiener Klein- und Mittelbetriebe seien eine Maßnahme, die im Jahr 1984 immerhin von 375 Unternehmer genützt wurde. Weitere Förderungsaktionen wie etwa die Betriebsansiedlungsaktion seien der Beweis für die positive Zusammenarbeit mit der Wiener Wirtschaft.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: U-Bahn-Hilfe für Gewerbetreibende

=++++

20 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte die Änderung der Vereinbarungen mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien betreffend die Richtlinien für die Gewährung von Hilfen an die durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedrohten Gewerbetreibenden. Die U-Bahn-Bauarbeiten im 10. und 2. Bezirk hätten bereits vor einigen Jahren gezeigt, daß die offene Bauweise nicht als ideal für die Gewerbetreibenden zu bezeichnen sei, erklärte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Eine Reihe von Geschäften hätte das Baugeschehen nicht überlebt. Es sei die Frage, ob die offene Bauweise nicht wegen der zu leistenden Förderungsmaßnahmen teurer käme als eine geschlossene Bauweise. Darüber hinaus sei durch die langwierige Abwicklung der Förderungen keine effiziente Hilfe für die Geschäftsleute möglich.

Die Erfahrung hätte gezeigt, erklärte GR. SCHMIDTMAIER (SPÖ), daß die Förderungsmaßnahmen durchaus nicht so langsam und bürokratisch abgewickelt werden, wie Pawkowicz behauptete. Zu beachten sei weiters, daß es sich bei dem vorliegenden Beschluß um Förderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit indirekten Beeinträchtigungen durch den U-Bahn-Bau handle. Direkte Beeinträchtigungen durch Bauarbeiten bezahle sowieso der Verursacher an die Gewerbetreibenden direkt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Kammerlichtspiele am Schwarzenbergplatz - Subvention

=++++

21 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPö) stellte den Antrag, den "Kammerlichtspielen am Schwarzenbergplatz Dr. Gruber OHG" für das Jahr 1985 eine Subvention von 2,2 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

GR. PROHASKA (öVP) erklärte, daß die Kammerlichtspiele für vier Jahre Spielbetrieb zehn Millionen Schilling Subventionen erhalten haben. Trotz aller Bemühungen wurde der Besucherstrom immer kleiner. Es sei zwar notwendig, daß anspruchsvolle Filme, speziell für jüngeres Publikum, auch in Wien gezeigt werden, die derzeit praktizierte Förderung scheint jedoch das Ziel zu verfehlen. Es gebe genügend andere Kinos, die solche Filme zeigen könnten.

GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) wies die Kritik als unfaire Polemik zurück. Mit dem Stadtkino sei ein neues Kulturzentrum für ein anspruchsvolles junges Publikum geschaffen worden, bei dem künstlerische Aspekte im Vordergrund stehen. Außerdem sei auch eine positivere Geschäftsentwicklung zu verzeichnen, allein von 1983 auf 1984 erhöhte sich die Besucherzahl von 50.431 auf 52.163. Es gab auch zahlreiche ausverkaufte Vorstellungen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete kurz nach 14.30 Uhr.

(Forts.) lei/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

22 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz des 1. Landtagspräsidenten SALLABERGER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), bis zu welchem Zeitpunkt die Verordnungen zur Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes und des Wohnbausanierungsgesetzes zu erwarten seien, teilte StR. HOFMANN (SPÖ) mit, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Die Magistratsvorstellungen seien fertiggestellt und würden für die Fraktionsgespräche zur Verfügung stehen. Bei derzeit eingereichten Anträgen komme es zu keinen Verzögerungen.

LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ) erkundigte sich in der ZWEITEN ANFRAGE, wie der derzeitige Stand der Verhandlungen zum Projekt Marchfeldkanal sei. StR. HOFMANN berichtete von Gesprächen zwischen den beteiligten Ministerien, der Stadt Wien und dem Land Niederösterreich. Landeshauptmann Ludwig habe versichert, daß dort, wo Wien es wünscht, der Kanal unterirdisch geführt werden könne. Bei offener Wasserführung müsse auf eine Einbindung in die Landschaftsgestaltung geachtet werden. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

23 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) wollte in der DRITTEN ANFRAGE wissen, ob in den in Ausarbeitung befindlichen Verordnungen zum Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz die Anwendung der ö-Normen zur verbindlichen Ausschreibungs- und Vergabegrundlage erklärt werden. Darauf antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß die ö-Norm A 2050 grundsätzlich angewendet werde, aber Ausnahmen durch beschränkte Ausschreibungen möglich sein sollen, die sich in manchen Fällen besser bewähren. Die MA 25 sei für die Überwachung zuständig.

Auf die VIERTE ANFRAGE nach den bisherigen konkreten Ergebnissen des im Jahr 1979 beschlossenen ständigen Kontaktgremiums zwischen dem Bund und dem Land Wien zur verstärkten Koordination und Kooperation im kulturellen Bereich - sie wurde von LABg. Mag. KAUER (ÖVP) gestellt - antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ) unter anderem, daß zahlreiche kulturelle Aktionen gefördert und auch Renovierungen von Theatern gemeinsam behandelt wurden. Zur Renovierung des Ronachers sagte Mrkvicka, Bund und Stadt Wien seien zu einer Förderung und Unterstützung bereit, wenn es auch konkrete private Initiativen gebe. (Forts.) and/bs

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

24 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN, welche gesetzlichen Maßnahmen gegen ungebührliche Lärmerregung vom Land Wien ergriffen werden können, sagte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ), daß der Umweltschutz eine Annexmaterie und daher vom jeweils zuständigen Gremium zu behandeln sei. Der Großteil des hier angeschnittenen Problems falle in die Bundeskompetenz. Die Stadt Wien sei auch schon an den Bund bezüglich effizienter Maßnahmen gegen den Lärm herangetreten. Überdies habe Landeshauptmann Zilk mit den zuständigen Stellen der Polizei gesprochen, damit diese im Frühjahr entsprechende Maßnahmen gegen den Verkehrslärm treffe. In ihrer eigenen Kompetenz habe die Stadt Wien Schutzmaßnahmen gegen den Baulärm ergriffen. Alles in allem werde ein Gesamtkonzept angestrebt, daß die Bevölkerung miteinbezieht und vor allem durch ein Problembewußtsein auf breiter Ebene helfen soll, den Lärm zu verringern.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HAHN, ob es in der Frage der Finanzierung der Flüchtlingshilfe bereits eine Einigung zwischen dem Bund und dem Land Wien gebe, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß dies noch nicht der Fall sei. Er werde sich jedoch weiterhin um eine gleichmäßige Verteilung dieses Aufwandes zwischen Wien, dem Bund und darüberhinaus auch den anderen Bundesländern bemühen. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

25 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Erika STUBENVOLL (SPÖ), ob bereits Maßnahmen zur Einrichtung einer Interessensvertretung für Behinderte erfolgt seien, erklärte StR. STACHER (SPÖ), daß die entsprechenden Vorschläge aller Behindertenvereinigungen bereits eingelangt seien und er die Mitglieder bereits dem Landtag zur Nominierung vorgeschlagen habe.

Der vor kurzem unterzeichnete Vertrag mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik sehe einen Pauschalprozentsatz für die Abgeltung bei der Realisierung von Bundesstraßenvorhaben in Wien vor, erklärte Landeshauptmannstellvertreter MAYR auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. HUMMEL (SPÖ). Dieser Pauschalprozentsatz sehe für Bundesstraßen der Kategorie A eine Kostenabgeltung von 100 Prozent, bei Bundesstraßen der Kategorie B von 75 Prozent vor. Dieser Vertrag sei ab sofort gültig. Laut Budgetvoranschlag 1985 entlaste dies das Budget der Stadt Wien um 48 bis 53 Millionen Schilling, schloß Mayr. (Forts.) jel/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

26 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Landtagsabgeordneter LACINA (SPÖ) stellte die Frage, welche Regelungen, abgesehen von den finanziellen Vereinbarungen, bei den jüngsten Einigungen über eine Verlängerung des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds getroffen wurden. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) führte an, daß am 3. Dezember 1984 neue Vereinbarungen über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1985 bis 1987 getroffen wurden. Die Vertragsparteien kamen überein, für die österreichischen Krankenanstalten leistungsbezogene Finanzierungssysteme zu erarbeiten und praxisgerecht zu erproben. Zwei Finanzierungssysteme sollen in zehn Krankenanstalten ab 1. Juli 1986 erprobt werden. Die Geschäftsstelle des Fonds wird die Probeergebnisse überprüfen und Berichte darüber so zeitgerecht vorlegen, daß bis 1. Juli 1987 ein geeignetes Finanzierungssystem beschlossen werden kann. Sollten diese Termine nicht eingehalten werden, treten die Vereinbarungen nach sechs Monaten außer Kraft. Ein von den Vertragspartnern als geeignet befundenes Finanzierungssystem soll mit 1. Jänner 1988 in Kraft gesetzt werden.

Zwtl.: Aufhebung der Abgabe auf unvermietete Wohnungen

Die SPÖ brachte einen Initiativantrag auf Aufhebung des Landesgesetzes vom 30. Juni 1982 über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen ein. Der Antrag wurde dem Finanzausschuß zugewiesen. (Schluß) lei/ko

---- Ende des Sitzungsberichtes ----

NNNN